

»Pharmadialog abschaffen«

Die Bundesregierung soll den »Pharmadialog« mit Lobbyisten abschaffen und Protokolle veröffentlichen – fordert die unabhängige ÄrztInnen-Organisation MEZIS.

Der »Pharmadialog« der vergangenen Legislaturperiode bestand aus vier Treffen hinter verschlossenen Türen in Berlin. Beamte der drei Bundesministerien für Gesundheit, Wirtschaft und Forschung redeten mit Repräsentanten von fünf Industrieverbänden, auch Gesandte einiger Forschungseinrichtungen und der Chemiegewerkschaft waren dabei.

Ergebnisse veröffentlichte das BMG im April 2016 auf www.bundesgesundheitsministerium.de. Unter anderem vereinbarten die Gesprächspartner, die »weltweite Spitzenposition Deutschlands als Standort für Klinische Prüfungen« weiter zu stärken, mehr Medikamente für Kinder zu entwickeln, bei Antibiotika einiges zu tun und Lieferengpässen bei Arzneien entgegenzuwirken.

Den Abschlussbericht bewertet MEZIS als »vage«; es sei ein »einseitiges Agendasetting

zugunsten der Pharmaindustrie betrieben« worden, kritisiert Thomas Meyer vom Vorstand der ÄrztInnenorganisation. Substanzielle Ergebnisse zu Themen, die für PatientInnen wichtig seien, suche man vergeblich, ausgeblendet würden zum Beispiel »Mondpreise von Arzneimitteln, etwa gegen Hepatitis C«. Bedenklich findet MEZIS zudem, dass die Pharmaindustrie laut Abschlussbericht prüfen wolle, ob sie die Erstellung wichtiger medizinischer Leitlinien finanziell unterstützen könne, etwa mittels Zahlungen in einen Fonds.

»Wer Lobbyismus ablehnt«, meint MEZIS-Geschäftsführerin Christiane Fischer, »muss dem Pharmadialog den Kampf ansagen.« Der neue Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat aber schon angekündigt, den von seinem Vorgänger Hermann Gröhe (CDU) begonnenen »Pharmadialog« fortsetzen zu wollen, womöglich in erweiterter Runde, auch mit einigen GesundheitspolitikerInnen und Krankenkassen.

Um Transparenz bemüht und mit Verweis auf das Informationsfreiheitsgesetz hatte MEZIS die Protokolle der bisherigen Dialog-Treffen beim Bundesgesundheitsministerium angefordert. Ohne Erfolg.

»Standort stärken«

Die gelernte Apothekerin Sylvia Gabelmann ist Sprecherin für Arzneimittel und Patientenrechte der Linken-Fraktion im Bundestag. Im Mai fragte sie schriftlich bei der Bundesregierung nach, welche Verbände beim geplanten »Pharmadialog« unter Federführung des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) mitwirken sollen – und ob dabei auch unabhängige Organisationen wie BUKO-Pharma-Kampagne, MEZIS oder Transparency International beteiligt werden. Die Antwort folgte am 6. Juni, unterschrieben von Sabine Weiss (CDU), Parlamentarische Staatssekretärin im BMG. Juristin Weiss erklärte: »Der ressortübergreifende Pharmadialog der Bundesregierung hat das Ziel, den Standort Deutschland für Forschung und Produktion zu stärken, um eine flächendeckende Versorgung mit innovativen und sicheren Arzneimitteln in Deutschland sicherzustellen.« Derzeit werde die »Neugestaltung des Pharmadialogs« vorbereitet, einbezogen würden wieder VertreterInnen aus pharmazeutischen Verbänden, Wissenschaft und Chemiegewerkschaft. Gabelmann fordert dagegen, dass auch PatientenvertreterInnen, kritische Arzneifachleute und unabhängige ForscherInnen mitreden sollen. In ihrer Pressemitteilung vom 12. Juni bringt die linke Gesundheitspolitikerin ihre Einschätzung der BMG-Auskünfte wie folgt auf den Punkt: »Pharmadialog dient nur den Konzernen, nicht den Patientinnen und Patienten.«

»Patienten schützen, nicht Patente«

Die Berner Organisation Public Eye fordert die Regierung der Schweiz auf, »über-teuerte Medikamentenpreise« zu bekämpfen. Druck soll eine Petition machen, die man online unterschreiben kann.

Die Kampagne startete Ende Mai, die Parole lautet: »Heilungschancen dürfen keine Geldfrage sein, weder in der Schweiz noch anderswo!« Zugangsbeschränkungen zu wichtigen Arzneien können Menschen gefährden; das Problem ist in Staaten der sogenannten Dritten Welt weit verbreitet. Aber auch Menschen in reichen Gesellschaften sind davor nicht gefeit: »Sogar das Schweizer Gesundheitssystem ist kaum mehr in der Lage, für die überrissenen Preise insbesondere von neuen Krebstherapien aufzukommen«, stellt Public Eye fest, »viele Krebsbehandlungen kosten heute schon 100.000 Franken und mehr«.

»Hauptgründe der aktuellen Preisexplosion« sind laut der Organisation, die sich für faire Wirtschaftsbeziehungen einsetzt, insbesondere »Patent-monopole«. Auf deren Basis könnten Pharmafirmen die Preise ihrer Produkte praktisch nach Belieben festsetzen – staatliche Kontrolle sei, falls vorhanden, »zahnlos«. Und die Hersteller sind nicht verpflichtet, den finanziellen Aufwand für Forschung und Entwicklung neuer Präparate offenzulegen. »Die tatsächliche Höhe dieser Kosten ist allerdings eines der bestgeschützten Geheimnisse der Branche«, schreibt Public Eye.

Als Gegenmittel empfiehlt die Kampagne der Regierung, »das Instrument der Zwangslizenz« dann einzusetzen, »wenn die umfassende Gesundheitsversorgung der Bevölkerung gefährdet ist«. Eine solche Lizenz würde es Generika-Firmen erlauben, billigere Nachahmer-Präparate herzustellen und in einem definierten Markt für eine bestimmte Zeitspanne zu verkaufen – auch wenn noch ein Patent besteht. Für die Nutzung seiner Erfindung durch Konkurrenten würde der Patentinhaber finanziell entschädigt.

»Globale Signalwirkung«

In den USA zum Beispiel seien Zwangslizenzen mehrfach angewandt worden, »unter anderem zur Durchsetzung tieferer Medikamentenpreise«. Eine solche Regelung, realisiert im Land der Pharmariesen Roche und Novartis, würde nicht nur das Schweizer Gesundheitssystem entlasten helfen. Sie hätte auch »globale Signalwirkung und könnte andere Regierungen motivieren, dasselbe zu tun«, hofft Public Eye.

Die Forderung nach Zwangslizenzen ist Kern einer Petition an die Regierung, initiiert von Public Eye auf seiner Seite www.bezahlbaremedis.ch. Dort stehen auch spannende Hintergrundtexte, darunter der Report »Protect patients not patents« (»Patienten schützen, nicht Patente«), der auf 45 Seiten über Geschäftsmodelle der Pharmaindustrie und Gegenmittel informiert.